

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt
mit Erzähler vom Schwarzwald Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad
mit amtlicher Fremdenliste

Erscheint Werktags

Telephon Nr. 41

Bezugspreis monatlich 80 Pfg. Durch die Post
im Nachbarortverkehr 2.15 Mk. in Württemberg
2.20 Mk. vierteljährlich, dazu Bestellgeld 30 Pfg.

Anzeigen 12 Pfg., von auswärts 15 Pfg. die Gar-
mondzeile oder deren Raum.
Reklame 25 Pfg. die Zeile.
Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition
zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Pfg.
besonders berechnet. Bei Offerten 20 Pfg.

Nr. 265

Montag, den 11. November 1918.

35. Jahrgang.

Die Bedingungen des Waffenstillstands.

Berlin, 10. Nov. (Amtlich.) Folgendes ist ein
Auszug aus den Waffenstillstandsbedingungen:

1. Inkrafttreten 6 Stunden nach Unterzeichnung.
2. Sofortige Räumung von Belgien, Frankreich, Elsaß-Lothringen binnen 14 Tagen. Was an Truppen noch zu dieser Zeit übrig bleibt, wird interniert oder kriegsgefangen.
3. Abzugeben sind 5000 Kanonen, zunächst schwere, 30000 Maschinengewehre, 3000 Minenwerfer, 2000 Flugzeuge.
4. Räumung des linken Rheinufer. Mainz, Koblenz und Köln werden auf einen Radius von 30 Kilometern Tiefe vom Feinde besetzt.
5. Auf dem rechten Rheinufer sind 30-40 Kilometer Tiefe neutrale Zone. Räumung in 11 Tagen.
6. Auf dem linken Rheinufergebiet darf nichts hinweggeführt werden; alle Fabriken, Eisenbahnen und so weiter müssen intakt bleiben.
7. 5000 Lokomotiven, 150000 Waggons, 10000 Kraftwagen sind abzugeben.
8. Unterhaltung der feindlichen Besatzungstruppen durch Deutschland.
9. Im Osten sind alle Truppen hinter die Grenze vom 1. August 1914 zurückzunehmen. Ein Termin dafür ist nicht angegeben.
10. Verzicht auf die Verträge von Brest-Litowsk und Bukarest.
11. Bedingungslose Kapitulation von Ostafrika.
12. Rückgabe des Bestandes der belgischen Bank, des russischen und rumänischen Goldes.
13. Rückgabe der Kriegsgefangenen ohne Gegenleistung.
14. Abgabe von 100 U-Booten, 8 leichten Kreuzern und 6 Dreadnoughts. Die übrigen Schiffe werden interniert und überwacht von Alliierten in neutralen oder alliierten Häfen.
15. Sicherung der freien Durchfahrt durch das Kattegatt. Begräbnung der Minenfelder und Besetzung aller Forts und Batterien, von denen aus diese Durchfahrt behindert werden könnte.
16. Die Blockade bleibt bestehen. Deutsche Schiffe dürfen weiter gefahren werden.
17. Alle von Deutschland für die Neutralen verhängten Beschränkungen der Schifffahrt werden aufgehoben.
18. Der Waffenstillstand dauert 30 Tage.

Der Umsturz in Deutschland.

Der Kaiser dankt ab.

Am Samstag nachmittag wurde amtlich bekannt gegeben, daß der Kaiser und Königin von Preußen sich entschlossen habe, dem Thron zu entsagen und daß auch der Kronprinz für das Reich und Preußen auf die Krone verzichte.

Der Reichskanzler Prinz Max von Baden machte ferner bekannt, daß er dem einzusetzenden Regenten vorschlagen werde, den Abg. Ebert (Soz.) zum Reichskanzler zu ernennen und allgemeine Wahlen für eine verfassunggebende Nationalversammlung vorzuschlagen.

Die Ereignisse vollzogen sich aber schneller, als der Reichskanzler wohl gedacht hatte. Ein Regent wurde nicht eingesetzt. Bereits am Abend wurde durch das Wolffsche Telegraphen-Bureau, das der Kontrolle des Genossen Wilhelm Carl unterstellt ist, folgende Kundgebung des neuen Reichskanzlers Ebert verbreitet:

Mitbürger!

Der bisherige Reichskanzler Prinz Max von Baden hat mir unter Zustimmung der sämtlichen Staatssekretäre die Wahrnehmung der Geschäfte des Reichskanzlers übertragen. Ich bin im Begriff, die neue Regierung im Einvernehmen mit den Parteien zu bilden und werde über das Ergebnis der Desfentlichkeit berichten.

Die neue Regierung wird eine Volksregierung sein. Ihr Bestreben wird sein müssen, dem deutschen

Volk den Frieden schnellstens zu bringen und die Freiheit, die es errungen hat, zu befestigen.

Mitbürger! Ich bitte Euch alle um Eure Unterstützung bei der schweren Arbeit, die unser hart. Ich weiß, wie schwer der Krieg die Ernährung des Volks, die erste Voraussetzung des politischen Lebens, bedroht. Die politische Umwälzung darf die Ernährung der Bevölkerung nicht fören! Es muß die Pflicht aller Stadt und Land bleiben, die Produktion von Nahrungsmitteln und ihre Zufuhr in die Städte nicht zu hindern, sondern zu fördern. Nahrungsmittelnot bedeutet Plünderung und Raub mit Elend für alle. Die Ärmsten würden am schwersten leiden, die Industriearbeiter am bittersten getroffen werden. Wer sich an Nahrungsmitteln oder sonstigen Bedarfsgegenständen oder an den für ihre Verteilung benötigten Verkehrsmitteln vergreift, veründigt sich aufs schwerste an der Gesamtheit.

Mitbürger! Ich bitte Euch alle dringend: Verlaßt die Straße! Sorgt für Ruhe und Ordnung.

Berlin, 9. Nov. 1918.

Der Reichskanzler: Ebert.

Aufruf!

Die neue Regierung hat die Führung der Geschäfte übernommen, um das deutsche Volk vor Bürgerkrieg und Hungersnot zu bewahren und eine berechtigten Forderungen auf Selbstbestimmung durchzusetzen. Diese Aufgaben kann sie nur erfüllen, wenn alle Behörden und Beamten in Stadt und Land ihre historische Hand leihen.

Ich weiß, daß es vielen schwer werden wird, mit den neuen Männern zu arbeiten, die das Reich zu leiten übernommen haben, aber ich appelliere an ihre Liebe zu unserem Volke. Ein Verfall der Organisation in dieser schweren Stunde würde Deutschland der Anarchie und dem schrecklichsten Elend ausliefern. Setzt also mit mir dem Vaterlande durch furchtloses und unverbrochenes Weiterarbeiten, ein jeder auf seinem Posten, bis die Stunde der Ablösung gekommen ist.

Berlin, 9. Nov. 1918.

Der Reichskanzler (Soz.): Ebert.

Gemeinsame Regierung.

Berlin, 9. Nov. Die sozialdemokratische Partei hat der unabhängigen sozialdemokratischen Partei angeboten, mit ihr eine gemeinsame Regierung unter beiderseitiger Gleichberechtigung zu bilden. Von der unabh. Soz. Partei, die ihrerseits Haase, Liebknecht und Barth als Mitglieder der gemeinsamen Regierung vorschlägt, sind eine Reihe Bedingungen aufgestellt worden, die aus dem nachfolgenden Antwortschreiben der Soz. Partei zu entnehmen sind: Berlin, 9. 11. Abends 8 Uhr. An den Vorstand der unabh. sozialdem. Partei. Von dem anrichtigen Wünsche geleitet, zu einer Einigung zu gelangen, müssen wir Ihnen unsere grundsätzliche Stellung zu Ihren Forderungen klar legen. Sie fordern:

1. Deutschland soll eine sozialdemokratische Republik sein. Antwort: Diese Forderung ist das Ziel unserer eigenen Politik, in dessen haben darüber das Volk und die konstituierende Nationalversammlung zu entscheiden.
2. In dieser Republik soll die gesamte exekutive, legislative u. jurisdiktionelle Macht ausschließlich in den Händen der gewählten Vertrauensmänner der gesamten weitaus größten Bevölkerung und der Soldaten sein. Antwort: Ist mit diesem Verlangen die Tildatur eines Teiles einer Klasse gemeint, hinter dem nicht die Volksmehrheit steht, so müssen wir diese Forderung ablehnen, weil sie unseren demokratischen Grundfäden widerspricht.
3. Ausschluß aller bürgerlichen Mitglieder aus der Regierung. Antwort: Diese Forderung müssen wir ablehnen, weil ihre Erfüllung die Volksernährung erschweren, wenn nicht ganz unmöglich machen würde.
4. Die Beteiligung der Unabhängigen gilt nur für drei Tage als ein Provisorium, um eine für den Abschluß des Waffenstillstandes fähige Regierung zu schaffen. Antwort: Wir halten ein Zusammenarbeiten der sozialdemokratischen Richtungen beiderseits bis zum Inkrafttreten der konstituierenden Versammlung für notwendig.
5. Die Ressortminister gelten nur als technische Gehilfen des eigentlichen und entscheidenden Kabinetts. Antwort: Dieser Forderung stimmen wir zu.
6. Gleichberechtigung der beiden Leiter des Kabinetts. Antwort: Wir sind für die Gleichberechtigung aller Kabinettsmitglieder, doch hat die konstituierende Versammlung

lung darüber zu entscheiden. Es ist von der Einsicht der unabhängigen sozialdemokratischen Partei zu hoffen, daß sie mit der sozialdemokratischen Partei noch zu einer Verständigung gelangt.

Der Vorstand der sozialdemokr. Partei Deutschlands.

Die neue Reichsregierung

wird sich wahrscheinlich folgendermaßen zusammensetzen: Ebert, Reichskanzler; von den Reichsbetriebssozialisten noch Scheidemann und Landsberg als Staatssekretäre ohne Parteifunktion. Von den bürgerlichen Parteien soll nur der Zentrumsvizepräsident Erzberger, der Nationalliberale Freiherr v. Nitsch-Rosen und der fortschrittliche Abg. Gothein, von den unabhängigen Sozialdemokraten Haase und Ledebour angehören.

Kurz vor 2 Uhr mittags fuhr Reichstagsabg. Ebert in einem Automobil mit roter Fahne, das von bewaffneten Soldaten und Arbeitern geführt war, vor das Reichskanzlerpalais, aus dem sodann einige Mitglieder des Kriegskabinetts kamen. Er übernahm alsbald das Reichskanzleramt.

Um 4 Uhr nachmittags hielt Scheidemann vom Balkon des Lesesaals des Reichstags an eine zahlreiche Menge eine Ansprache, in der er verkündete, daß der Genosse Ebert Reichskanzler ist und der Kriegsminister Scheuch weiterhin zusammen mit dem Genossen Ebert das Kriegsministerium führen werde.

Die Umwälzung vollzog sich in Berlin mit verblüffender Schnelligkeit und glücklicherweise ohne daß viel Blut geflossen wäre. Eine Fraktionierung der Soz. Partei war einig, daß mit dem entscheidenden Schritt nicht mehr länger zugewartet werden dürfe. Die vollständige Uebereinstimmung mit den Unabhängigen Sozialdemokraten wurde festgestellt. Man beschloß daher, einen gemeinsamen Ausschuss einzusetzen und

aus der gegenwärtigen Regierung der Mehrheitsparteien auszutreten.

Es wurde sogleich ein Ausschuss gebildet, der sich mit dem inzwischen von anderer Seite gebildeten Arbeiter- und Soldatenrat ins Einvernehmen zu setzen hatte. Der Parteiausschuss beschloß den Generalstreik, und der Beschluß wurde sofort den Vertrauensleuten in den Fabriken und Betrieben mitgeteilt. Das alles vollzog sich mit solcher Schnelligkeit und Sicherheit, daß am Samstag morgen schon sämtliche Betriebe still lagen. Die Forderungen der Arbeiter und Arbeiterinnen bewegten sich durch die Straßen, denen sich bald viele Soldaten, die die Kolonnen gerissen hatten, angeschlossen. Das Raumburger Jägerregiment verhandelte mit dem Arbeiter- und Soldatenrat und ging geschlossen zu den Revolutionären über. Auch die Gardejäger und das Garde-Alexanderregiment schlossen sich an und dann folgte rasch ein Truppenteil um den anderen. In der Chausseestraße wurde ein Arbeiter von einem Offizier getötet. Als ein Zug der Demonstranten vor die Matlöferkaserne kam und die Ueberrumpfung, entstand beim Erbrechen der geschlossenen Tore eine Schieberei, wobei drei Arbeiter getötet, einer verwundet wurden. Die öffentlichen Gebäude, Bahnhöfe usw. wurden besetzt und die rote Fahne gehißt. Auf dem Residenzschloß pflanzte Liebknecht persönlich die rote Fahne auf.

Die Straßen sind schwarz von Menschen. Die meisten Soldaten haben die Kolonnen abgerissen. Militärautos mit Arbeitern und Soldaten, Matrosen, auch russischen Kriegsgefangenen, mit roten Fahnen usw. fahren durch die Stadt. An einzelnen Stellen der Stadt soll der Rob Plünderungsversuche gemacht haben, die vom Arbeiter- und Soldatenrat bekämpft worden seien.

Ein Aufruf an die Offiziere

der Garnison Berlins und der Vororte, gezeichnet von Wöhre, Mitglied des Reichstags, Leutnant Hoff, Leutnant der Auslandsabteilung der Obersten Heeresleitung, Edelmann, Leutnant, Tidurins, Leutnant d. R. Garderegiments z. F., mahnt zur Ruhe und Ordnung und fordert die Offiziere auf, Blutvergießen zu vermeiden. Wilhelmshavener Matrosen schänden eine Abordnung im Lustschiff nach Berlin. Der Flugplatz Johannistal wurde von Arbeitern besetzt, damit das Lustschiff ohne Schwierigkeit landen kann. 3000 Kieler Matrosen sind im Anmarsch.

Am Samstag abend fuhr ein Vagarettauto, von der Breitenstraße kommend, in den Schloßhof ein. Nachdem das Auto im Schloßhof verschwunden war, fiel plötzlich ein Schuss und man sah eine große Rauchwolke am

Eingang des Rathhausegebäudes aufsteigen. Während man noch darüber debattierte, ob der Schutz aus dem Rathhause oder vielleicht von Seiten eines Soldatenratsjohannes gefallen war, wurde nach der Information des Soldatenrats ein weiterer Schutz vom Rathhause abgelehnt und als ob dies das Signal zu einer geplanten Schießerei sei, setzte im nächsten Augenblick aus dem Keller dem 1. und dem 2. Stockwerk des Rathhausegebäudes ein heftiges Maschinengewehrfeuer ein. Die große, nach Tausenden zählende Menge ergriß panikartig nach allen Seiten die Flucht und zwischen den Mannschaften des Soldatenrates und der versteckten Besatzung des Rathhausegebäudes entwickelte sich ein 10 Min. langes Feuergefecht. Nachdem die Mannschaften des Soldatenrats, die hinter dem Gasbrunnen Aufstellung genommen hatten, ihre Munition erschossen hatten, zogen sie sich zurück und warteten Verstärkung ab. Als diese nach einer halben Stunde eintraf, wurde eine Attake gegen den Rathhausegebäude vorgenommen, die gegenwärtig noch andauert.

Berlin, 10. Nov. (Meldung des A. S. Rates.) Samstag mittag 1 Uhr wurde das Kellengefängnis in Moabit durch bewaffnete Arbeiter und Soldaten erstickt. Dann wurden unter Hinzuziehung des Abg. Cohn die Alten geprüft und daraufhin der große Teil der Gefangenen, darunter der Hauptmann v. Beerfelde und Genosse Rüstler Duisburg, befreit. Gegen 6 Uhr abends begab sich ein Zug Matrosen nach dem Strafgefängnis in Tegel, wo 200 Militärstrafgefangene in Freiheit gesetzt wurden.

Berlin, 9. Nov. Die Väter der Telegraphen-Union wurden heute abend von einer Abordnung des A. S. R. befreit.

Berlin, 10. Nov. Der Abg. Haase teilt mit, daß die Garnisonen Döberitz und Potsdam in den Händen des A. S. R. sind.

Berlin, 9. Nov. A. S. R. haben sich in allen westlichen Teilen des Reichs gebildet. Aus dem Osten liegen Meldungen vorerst aus den Regierungsbezirken Posen und Bromberg vor. Die Bewegung verläuft in ruhigen Bahnen. In Darmstadt ist Plessen als deutsche Republik ausgerufen worden. Im Oberrheinischen haben in den Garnisonstädten und in den Weichseln die A. S. R. die Gewalt in der Hand.

Berlin, 9. Nov. Aus Brunsbüttel meldet der Nordische Kurier vom 8. November: Der Bewegung in Kiel haben sich die Matrosen der hier liegenden Großkampfschiffe „Posen“, „Ostfriesland“, „Rassau“ und „Eisenburg“ angeschlossen.

Wie verlautet, hat das Zentrum mit großer Mehrheit die Forderung der Abdankung des Kaisers unterstützt. Die Staatssekretäre Gröber und Trimborn sprachen sich dagegen aus. Die Stellung Gröbers soll erschütterter sein, da er das Versammlungsverbot gutheißt. Die Nationalliberalen wünschen, daß das Kriegskabinet dem Kaiser einen nochmaligen Bericht über die Lage erstatte. Der Reichskanzler soll dem Kaiser seine Entlassung angeboten haben. Mit dem Reichskanzler müßten auch die ihre Ämter niederlegen. Das Parteibureau der Unabhängigen Sozialdemokraten wurde geschlossen, Parteisekretär Barth und Redakteur Däumig sind verhaftet.

München.

München, 9. Nov. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ wurden zum Veröffentlichungsblatt des Arbeiter- und Soldatenrats erklärt.

Gestern nachmittag wurde die republikanische Regierung gebildet, die sich folgendermaßen zusammensetzt: Präsident und Minister des Äußeren: Kurt Eisner; Kultusminister: Hoffmann; für militärische Angelegenheiten: Köhler; Minister des Innern: Auer; Verkehrsminister: von Fraundorfer (der frühere Verkehrsminister); Justizminister: Timm; Finanzminister: Professor Jaffe; Minister für soziale Angelegenheiten: Unterleitner, und Polizeipräsident von München: Steiner.

München, 9. Nov. Die Mitglieder der Zentrums-partei Dr. Heim und Dr. Schlittenbauer haben sich bereit erklärt, an der Organisation des Ernährungswesens sich zu beteiligen. Die vom Soldaten- und Arbeitererrat gewählten Minister haben heute die Leitung der Geschäfte übernommen. — Die königliche Familie befindet sich jetzt im Schloß Wildwarth am Chiemsee. Die Königin ist infolge der Aufregung schwer erkrankt.

Augsburg, 9. Nov. Der gestern in Augsburg gegründete Arbeiter- und Soldatenrat hat eine Proklamation an die Bevölkerung der Stadt Augsburg erlassen, in welcher er zusagt, für Ruhe und Ordnung zu sorgen und unter allen Umständen Ausschreitungen nicht zuzulassen. Der Kommandant der Garnison Augsburg, Generalleutnant Penigl, ist von seinem Posten zurückgetreten. Der Regierungspräsident von Schwaben, von Braun, erklärte auf Ehrenwort, bis zur vollen Klärung der Verhältnisse auf seinem Posten zu bleiben und nichts gegen den Arbeiter- und Soldatenrat zu unternehmen.

Kempten, 9. Nov. Eine Abordnung des Arbeiter- und Soldatenrats von München traf gestern nachmittag ein. Auch hier wurde ein Arbeiter- und Soldatenrat gegründet.

Münchberg, 9. Nov. Die Stadt befindet sich seit gestern abend halb 10 Uhr vollständig in den Händen des Arbeiter- und Soldatenrates. Heute vormittag wurde das Generalkommando vom Arbeiter- und Soldatenrat militärisch besetzt.

Marktscheide, 9. Nov. Wie verlautet, wird das Gesamtministerium zurücktreten, um einer Volksregierung in Baden Platz zu machen.

Für Sonntag ist von sämtlichen Parteien, einschließlich der Konservativen, eine große Versammlung anberaumt, die auf die Stärkung der Einheit des deutschen Volks hinwirken soll.

Mannheim, 9. Nov. Hier hat sich ein A. S. R. gebildet, der die Kommandantur und den Bahnhof besetzt hat. Für Montag ist ein Generalkommando festgesetzt. — In Ludwigs-hafen fanden große Demonstrationen statt.

Berlin, 10. Nov. Der „Berl. Volksanzeiger“, bisher im Besitz der Schwerindustriellen, ist von den Spartakusleuten übernommen worden unter dem Titel „rote Fahne“. Die Nordd. Allg. Ztg. ist von den Unabhängigen übernommen.

Das Gerücht, daß deutsche Seestreitkräfte sich der englischen oder französischen Flotte angeschlossen hätten, entbehrt jeder Begründung.

Erlangen, 9. Nov. Die Stadt ist in den Händen des Arbeiter- und Soldatenrates.

Hamburg, 9. Nov. Bei einer Schießerei wurden 4 Personen schwer verletzt. Kreuzer und 6 Norddeutscherpedoboote sind unter roter Flagge hier eingelaufen.

Hamburg, 9. Nov. Die Vorratsräume der besser gestellten Bewohner Hamburgs in Harbestube, Eppendorf und anderen Stadtteilen werden systematisch nach großen Anbauten von Lebensmitteln durchsucht und solche in vorfindenden Fällen beschlagnahmt.

Braunschweig, 9. Nov. Der Herzog hat abgedankt; er und die Herzogin (die Tochter des Kaisers) sind geflüchtet. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat die Stadt in der Gewalt. Auf dem Schloß weht die rote Fahne.

Köln, 10. Nov. Der Gouverneur der Festung Köln teilte dem A. S. R. mit, daß er nach der Abdankung des Kaisers den A. S. R. anerkennt und seine Mitarbeit zur Verfügung stellt.

Koblenz, 10. Nov. Hier ist ein A. S. R. gebildet worden.

Kassel, 9. Nov. Die Stadtverwaltung hat sich den Wünschen des neugebildeten Arbeiter- und Soldatenrats unterstellt. Das Stellv. Generalkommando erklärte sich bereit, die militärische Gewalt in Kassel mit dem Arbeiter- und Soldatenrat gemeinsam auszuführen.

Essen, 9. Nov. Im ganzen Industriegebiet von Dortmund bis Duisburg sind die Bahnhöfe von Mitgliedern der Arbeiter- und Soldatenräte besetzt, die die Militärpersonen entwaffnen. Die Ruhe ist nirgendwo gestört worden.

Düsseldorf, 9. Nov. Auch hier bildete sich gestern ein Arbeiter- und Soldatenrat. Kein Streik durch den Verkehr stören. Die Umwälzung vollzog sich im allgemeinen ruhig.

Darmstadt, 9. Nov. Heute nacht wurde hier ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet, der alle öffentlichen Gebäude besetzt hat.

Breslau, 10. Nov. Der Chef des Stabs beim Generalkommando teilte den Vertretern der A. S. R. mit, daß das Generalkommando der Umwandlung der Verhältnisse keine Schwierigkeiten machen werde.

Leipzig, 9. Nov. Gestern nachmittag begann die revolutionäre Bewegung in Leipzig. Nach kurzer Zeit sah sich das Generalkommando, ohne daß es zu Blutvergießen gekommen wäre, zur Kapitulation genötigt, während auf den Straßen die Offiziere von militärischen Patrouillen entwaffnet und in den Kasernen ein Soldatenrat gewählt wurde.

Leipzig, 10. Nov. Wie das Leipziger Tageblatt meldet, hat der A. S. R. (Arbeiter- und Soldatenrat) zur Sicherstellung der Bekleidung für die Zivilbevölkerung beschlossen, daß die sogenannte Militärkleidungsverkäfte in Leipzig-Gohlis, wo rund 2000 Schneider beschäftigt sind, sofort die Herstellung von Kleidern für die Zivilbevölkerung in Angriff nimmt. Es sind dort noch riesige Vorräte aller Art aufgestapelt.

Frankfurt a. M., 9. Nov. In Frankfurt ist seit dem frühen Morgen die vollziehende Gewalt vollständig in den Händen des Soldatenrats, an dessen Spitze Vizewachtmeister Moser und Vizeshöfchel Kleinsardt stehen. Der Soldatenrat hat den soz. Stadtverordneten Dr. Singheimer zum prov. Polizeipräsidenten und Lebensmittelminister ernannt.

Weg, 10. Nov. Die Besatzung der Festung und Garnison Weg hat heute einen A. S. R. gewählt, den sich Mitglieder der Gewerkschaften und der Bürgerschaft angeschlossen. Die Umwälzung vollzog sich rasch und ohne Unruhe. Der Gouverneur von Weg und der Polizeipräsident erklärten sich bereit, sich den Anordnungen des A. S. R. zu fügen. Ein Vertreter der Gewerkschaften erklärte, daß die Proklamation der Lothringischen Republik durch die Nachricht von der Abdankung des Kaisers überholt sei, da voransichtlich eine allgemeine deutsche Bundesrepublik in Berlin errichtet werde.

Die Umwälzung in Stuttgart.

Am Samstag morgen wurde in Stuttgart der Generalkommando von den Vereinigten Gewerkschaften Stuttgarts, der Sozialdemokratischen Partei Stuttgarts und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei gemeinsam verkündet. Die Arbeiterschaft strömte aus den Betrieben und zog mit roten Fahnen dem Schloßplatz zu. Um halb 9 Uhr wurde der Verkehr der Straßenbahnen eingestellt. Um 9 Uhr wurden fünf Massenversammlungen gehalten; auf dem Schloßplatz (Redner: Red. Crispian und Gewerkschaftssekretär Edert), im Schloßhof (Abg. Keil und Hofschla), beim Schillerdenkmal, beim Kaiser-Wilhelm-Denkmal und vor dem Rathaus. Es wurde dabei das nachstehende Programm der vereinigten sozialdemokratischen Parteirichtungen verkündet:

An das werktätige Volk Württembergs!

Das alte Deutschland ist nicht mehr. Ein neues Deutschland entsteht. Der Kaiser und der Kronprinz haben abgedankt. Eine einheitliche deutsche Volksvertretung unter Einschluss Deutsch-Oesterreichs soll zusammenreten, um eine neue Verfassung zu schaffen. Wir fordern:

1. Die Einführung der Republik.
2. Allgemeines, gleiches, geheimes, direktes Wahlrecht in Reich, Staat und Gemeinde auf der Grundlage der Verhältnismäßigkeit für alle über 20jährigen Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts.
3. Abschaffung der Ersten Kammer und aller auf Besitz und Geburt beruhenden Vorrechte.
4. Neuwahl der Volksvertretungen.
5. Schleunige Durchführung des Friedensschlusses.

Abtötung und Auflösung des stehenden Heeres.

6. Sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes und der Zensur.

7. Freilassung aller aus politischen und disziplinarischen Gründen inhaftierten Zivil- und Militärpersonen.

8. Aufhebung der Hilfsdienstpflicht. Durchführung aller von den Gewerkschaften verlangten Maßnahmen für die Übergangswirtschaft, sowie des sozialpolitischen Programms der unterzeichneten Parteien und Gewerkschaften.

9. Beseitigung der Schuldenwirtschaft durch eine gesunde Finanzpolitik unter resloser Erfassung der Kriegsgewinne und allgemeiner Vermögensabgabe.

Vereinigte Gewerkschaften Stuttgarts.
Sozialdemokratische Partei Stuttgarts.
Unabhängige Sozialdemokratische Partei.

Nach Beendigung der Vorträge bildete sich ein ungeheures Waffenzug, der unter Vorantritt einer Musikkapelle durch verschiedene Straßen zog und auf dem Schloßplatz wieder eintraf. Sodann zogen einzelne Abteilungen vor die Kasernen und forderten sie zur Übergabe auf. Die Soldaten ergaben sich meist ohne weiteres. Die Waffen wurden ihnen abgenommen und auf das Gewerkschaftshaus gebracht. Die Reichsflagge, in vielen Fällen beide Kasernen wurden von den Mähen abgerissen; den Offizieren wurden die Kasernen und die Küchenstücke weggenommen, ebenso mußten sie die Waffe ablegen. Die Hauptwache in der Akademie wurde zur Übergabe gezwungen. Im Militärarresthaus und im Arresthaus des Justizgebäudes wurden die Gefangenen befreit.

Ein Teil der Jungsteilnehmer begab sich zum Wilhelmshaus in der Neckarstraße, auf dem die Königsstandarte wehte, und eine Abordnung verhandelte mit dem König.

Neues vom Tage.

Einmarsch der Feinde?

Berlin, 10. Nov. Der deutsche Gesandte in Haag und in Brüssel berichtet, daß nach ganz zuverlässigen Nachrichten aus Ententekreisen die Entente mit einem bolschewistischen Deutschland keinen Frieden schließen würde, weil sie in einem solchen Staate keine Regierungsgewalt haben würde, deren Autorität und Dauer genügend verläßlich wäre. Die Entente würde sich berufen fühlen, in diesem Falle in Deutschland einzumarschieren und in Deutschland Ordnung zu schaffen.

Hamburg, Generaldirektor A. Ballin ist im Alter von 62 Jahren gestorben.

Waffenstillstand angenommen.

Berlin 11. Nov.

Heute Morgen fand eine Besprechung der Staatssekretäre statt.

Nach Bekanntgabe der Bedingungen des Waffenstillstandes wurden dieselben angenommen. Entsprechende Befehle sind der Friedensdelegation gegeben worden.

Stuttgart 11. Nov.

Sämtliche Soldaten haben sich unverzüglich zu ihrem Truppenteil zu begeben.

Nichtbefolgung wird strengstens bestraft.

Der Soldatenrat gen. Edmann.

Berlin Vom auswärtigen Amt, Dr. Solf, wurde heute Nacht an Präsident Wilson gesandt, wobei dieser ersucht wird, für Wahrung der Waffenstillstandsbedingungen noch in letzter Stunde einzutreten da nach 50 monatlicher Blockade die Abnahme der Verkehrsmittel, und die Unterhaltung der Befehlstruppen unter gleichzeitiger Fortdauer der Blockade, die Ernährungsfrage Deutschland zu einer verzweifelten gestalten und den Hungertod von Millionen Männern, Frauen und Kindern bedeuten würde.

Zwiebeln.

Auf Lebensmittelmarke 10 werden 1 1/2 Pfd. Zwiebeln pro Person abgegeben.

Listenschluß Dienstag Mittag 12 Uhr.

Widbad, den 10. November 1918.



Todes-Anzeige

Tieferschüttert geben wir Verwandten Freunden und Bekannten, die schmerzliche Nachricht, daß unsere liebe unvergeßliche Tochter, Schwester, Schwägerin, Enkelin und Nichte

Mina

im Alter von 20 Jahren nach kurzer aber schwerer Krankheit heute morgen 1/2 7 Uhr sanft in dem Herrn entschlafen ist.

In tiefem Schmerz

Die Eltern:

Karl Eitel mit Frau Katharine geb. Kempf

Die Geschwister

Emilie, Luise und Karl

Beerbigung Dienstag Mittag 2 Uhr.

Druck und Verlag der B. Hofmann'schen Buchdruckerei in Widbad. Verantwortlich: E. Reinhardt, Wida

